

**14716/AB**  
Bundesministerium vom 31.07.2023 zu 15258/J (XXVII. GP)  
sozialministerium.at  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

Johannes Rauch  
Bundesminister

Herrn  
Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

---

Geschäftszahl: 2023-0.493.380

Wien, 24.7.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

---

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 15258/J der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA betreffend OGH-Urteil: Mütterfeindliche Wochengeldfalle ist rechtswidrig** wie folgt:

**Frage 1:**

- *Hat sich Ihr Ministerium im Zuge dieser Legislaturperiode mit dem Missstand der „Wochengeldfalle“ beschäftigt?*
  - a. *Wenn ja, welche Schritte wurden bisher gesetzt, um den Missstand zu bereinigen?*
  - b. *Wenn ja, wann ist mit einer Bereinigung der rechtswidrigen Gesetzeslage zu rechnen?*
  - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Die genannte Entscheidung des OGH zeigt in der Tat auf, dass die finanzielle Absicherung von Müttern während des Beschäftigungsverbots in bestimmten Fällen angepasst werden muss. Es werden bereits intensive Gespräche mit Vertreter:innen der ebenso betroffenen Ressorts (Bundeskanzleramt – Frauen, Familie und Jugend, Bundesministerium für Arbeit

und Wirtschaft) geführt. Dabei werden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet, um eine richtlinien- und systemkonforme Regelung zu erreichen. Es wird angestrebt, bis Ende des Jahres entsprechende gesetzliche Bestimmungen zu schaffen.

**Fragen 2 bis 4:**

- *Welche Maßnahmen setzt Ihr Ministerium, um das Kinderbekommen in Österreich finanziell und in anderer Hinsicht zu erleichtern?*
  - a. *Wenn Ihr Ministerium keine Maßnahmen setzt, warum nicht?*
- *Wie schätzt Ihr Ministerium die niedrige Geburtenrate von 1,44 in Österreich ein?*
  - a. *Erkennen Sie darin ein Problem?*
- *Mit steigendem Alter nehmen Risikoschwangerschaften zu. Welche Maßnahmen setzt Ihr Ministerium, um das Durchschnittsalter von Müttern zu senken?*

Einleitend muss ich hier auf den Umstand aufmerksam machen, dass Fragen der Familienpolitik in den Zuständigkeitsbereich der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt fallen.

Mein Ressort unterstützt die österreichweite Ausrollung des Angebots der „Frühen Hilfen“ (<https://www.fruehehilfen.at/>), das ein Gesamtkonzept von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung bzw. gezielten Frühintervention in Schwangerschaft und früher Kindheit für Familien mit kleinen Kindern beinhaltet. Im Besonderen werden dabei die Belastungen von Familien in spezifischen Lebenslagen berücksichtigt, Familien in ihren Ressourcen gestärkt und Belastungsfaktoren reduziert, um das Wohl und die Entwicklung des Kindes frühzeitig zu fördern bzw. zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

